

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Franz Bergmüller

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Norbert Dünkel

Abg. Dr. Martin Runge

Abg. Martin Böhm

Abg. Arif Taşdelen

Abg. Martin Hagen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Wir fahren in der Tagesordnung fort, und ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Blackout-Vorsorge für Bayern - Kommunikationsvernetzung durch Koordinierungskonzept auf Landesebene (Drs. 18/24401)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Maßnahmen zur (Versorgungs-)Sicherheit im Freistaat (Drs. 18/24435)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Franz Bergmüller für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Blackout-Vorsorge durch Kommunikationsvernetzung in Bayern – wir haben als AfD-Fraktion dreimal Anträge in dieser Sache gestellt. Sie haben sie natürlich abgelehnt, –

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf um etwas Ruhe im Haus bitten.

Franz Bergmüller (AfD): – obwohl vor Kurzem von den Mobilfunkanbietern bekannt gegeben worden ist, dass die Mobilfunknetze bestenfalls eine halbe Stunde aufrechterhalten werden können.

Die Kommunikation bricht also zusammen. Aber noch viel stärker trifft die Bevölkerung, dass die Bundesnetzagentur ab 18.12.2022 bei Netzinstabilitäten, bei Dunkelflaute, bei Großschadensereignissen 45 % Lastabwurf machen könnte. Sie könnte

also zum Beispiel in Altötting, wo eine große Fabrik ist, die 2 % des Gesamtstroms in Deutschland braucht, diese zur Netzwerkstabilität kurzerhand mit einem Knopf ausschalten. Das sind die Fakten, die kaum jemand weiß. Es gibt Gerüchte, dass man Haushalte abschalten könnte. Ja, es ist Tatsache, ab 18.12. kann die Bundesnetzagentur das machen.

Die Blackout-Gefahr ist hoch und von offiziellen Stellen bestätigt. Laut einer Schriftlichen Anfrage meines Kollegen Gerd Mannes ist im Winter 2022/2023 aufgrund des Atomausstieges und im Falle eines Gasmangels mit einer Stromlücke von 54 bis 56 % zu rechnen. Selbst das bayerische Wirtschaftsministerium befürchtet für die Wintermonate, dass in Bayern eine Stromversorgungslücke von insgesamt bis zu 91 Stunden zu erwarten ist.

Laut VBEW verschärft sich die Blackout-Gefahr dramatisch, wenn ein Teil der 2,6 Millionen bayerischen Haushalte, die derzeit mit Gas heizen, auf elektrische Wärmepumpen umsteigen würden. "Bibbern im Dunkeln? Söder schlägt Blackout-Alarm", so die "Bild"-Zeitung, 09.07., "Focus": "Söder warnt vor Winter-Blackout."

Unvorstellbar hohe menschliche, wirtschaftliche Kosten gehen mit einem großen Blackout einher. Viele Gemeinden, Städte und Landkreise in Bayern befürchten einen länger anhaltenden Stromausfall und bereiten sich darauf vor. Die Gemeinde Schnaittenbach in der Oberpfalz zum Beispiel – sie war ja groß im Fernsehen – hat 39.000 Euro für Vorsorge ausgegeben. Sie haben den Bürgern ein Konzept vermittelt. Es gibt mehrere Landkreise, die sich schon vorbereitet haben. Die Stadt Rosenheim verteilt Flyer. Da ist eine Handynummer angegeben, wo man dann nicht mehr anrufen kann. Das ist die Ironie solcher Verteilungen. Wenn man genau überlegt, was dann alles ausfällt! Die Polizei bereitet sich vor. Wir haben zuletzt ein Gespräch mit dem Polizeipräsidium Oberbayern Süd gehabt. Die sagen, nach drei Tagen bricht die öffentliche Sicherheit und Ordnung zusammen.

Die Kommunen sind noch bestenfalls, nach Umfrage des Civey-Instituts, bis zu 28 % vorbereitet. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund sieht dringenden Handlungsbedarf. Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg: "Die Vorbereitung auf echte Krisensituationen muss viel intensiver behandelt werden." Deutschland müsse "den zivilen Katastrophenschutz viel intensiver ausbauen".

Aus diesem Grund fordert die AfD-Fraktion in Bayern die Staatsregierung auf, schnellstmöglich ein Koordinierungskonzept zur Blackout-Krisenkommunikation mittels einer Vernetzung der entscheidenden Akteure auf Landesebene aufzubauen.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank. – Nächster Redner ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER der Abgeordnete Rainer Ludwig. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD holt heute mal wieder ihr Blackout-Thema aus der Schublade, und der vorliegende Antrag suggeriert, dass der Freistaat weder ein leistungsfähiges Krisenmanagement noch tragfähige Strukturen im Katastrophenschutz vorweisen könnte.

Beides, Herr Bergmüller, weise ich hier strikt zurück; denn gerade das Gegenteil ist der Fall. Ich will Ihnen heute nochmals auf die Fahnen schreiben, dass die Gewährleistung der Sicherheit in der Stromversorgung oberste Priorität in der Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung hat. Sie betreibt das mit akribischer Sorgfalt und mit höchster Aufmerksamkeit. Das gilt auch für die im Antrag geforderte Notfallkommunikation.

Die Kommunen erfüllen ihre Aufgaben verantwortungsvoll, und sie haben hierbei unsere ganze Unterstützung. Es gibt auf allen Ebenen eine enge Koordinierung aller Akteure. Die Behörden und Katastrophenschutzorganisationen wie Feuerwehren und Rettungsdienste sind eng miteinander vernetzt. Auch die schnelle und transparente

Kommunikation mit der Bevölkerung ist im Krisenfall gewährleistet. Selbst für eine Notversorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten wäre gesorgt. All diese Maßnahmen, operativ und kommunikativ, sind ein zentraler Aspekt für eine dezentrale Prävention.

Insofern ist es natürlich richtig, sich auf ein Worst-Case-Szenario vorzubereiten, meine Damen und Herren, aber der Fokus einer Blackout-Vorsorge liegt doch originär erst einmal auf der Versorgungssicherheit. Dazu gehört der massive Ausbau der erneuerbaren Energie, wie heute schon des Öfteren gehört. Dazu gehören auch intelligente Speicher und bedarfsgerechte sowie auch grenzüberschreitende Stromnetze.

Die Zuständigkeit dafür, dass genügend Strom im Netz ist, meine Damen und Herren – und da muss ich jetzt wieder mit dem Finger nach Berlin zeigen –, liegt nun einmal vorrangig bei der Bundesregierung. Sie hat gemeinsam mit der Bundesnetzagentur und mit den Stromversorgungsunternehmen entsprechende Vorkehrungen zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei einem potenziellen Stromausfall zu treffen.

Leider macht die Ampel in Berlin auch hier fundamentale Fehler, Stresstests beweisen das. Stresstests der Netzbetreiber zeigen, dass es in kritischen Situationen durchaus zu einer Deckungslücke kommen kann. Das heißt auch, dass wir dann private Haushalte und Betriebe in solchen kritischen Situationen vom Netz nehmen müssten.

Meine Damen und Herren, das lassen wir nicht zu. Angesichts der aktuell angespannten Versorgungslage bei der Stromerzeugung plädiere ich deshalb nochmals eindringlich für eine temporäre Laufzeitverlängerung der noch betriebsfähigen sicheren deutschen AKWs bis zum Jahr 2024. Ich verstehe nicht, warum die Ampel nach wie vor unsere Vorstöße, unsere Vorschläge in starrer ideologischer und apodiktischer Weise ignoriert. Sie nehmen lieber Unternehmen vom Netz, meine Damen und Herren, fahren damit die Wirtschaft an die Wand, statt AKWs länger laufen zu lassen. Das ist für mich unverantwortlich. Deshalb bitte ich, unserem Nachzieher zuzustimmen. Den Antrag der AfD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist für die CSU-Fraktion der Abgeordnete Norbert Dünkel. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Norbert Dünkel (CSU): Liebes Präsidium!

(Unruhe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Etwas Ruhe bitte im Saal. – Bitte schön.

Norbert Dünkel (CSU): Liebes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Blackout-Vorsorge für Bayern; ein Dringlichkeitsantrag der AfD. – Wir stellen uns die Frage: Warum? Warum stellt die AfD diesen Dringlichkeitsantrag? Warum stellt sie keinen Berichtsantrag im Fachausschuss? Besteht etwa kein Bedarf, das Thema qualifiziert zu diskutieren?

(Zuruf)

Besteht vielleicht bei der AfD längst die Erkenntnis, dass ihr Antrag nicht mehr ist als heiße Luft? Weiß die AfD, dass es wieder einmal lediglich um Show geht? Weiß die AfD, dass ihre Mitglieder in der Bundestagsfraktion das Thema Blackout in Berlin am 28. September längst schon in eine Aktuelle Stunde gehoben haben? Übrigens mit den gleichen Argumenten, wie es sich nachlesen lässt; Showtime, heiße Luft, Nachmacher.

Sie haben überhaupt kein Interesse daran, einen Blackout zu verhindern. Sie schüren hier Ängste, Sie wollen die Leute verunsichern,

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie arbeiten hin auf eine löchrige Stabilität im Bayerischen Landtag. Das haben Sie bei Corona getan, und das praktizieren Sie jetzt wieder.

Der Antrag suggeriert, dass Bayern weder ein funktionierendes Krisenmanagement noch tragfähige Strukturen im Katastrophenschutz vorweisen kann. Das ist natürlich wieder besonders großer Unsinn und hinlänglich unzutreffend.

Der Antrag fordert eine Vernetzung der für eine Blackout-Krisenkommunikation entscheidenden Akteure. Mit der Bekanntmachung der Staatsregierung für die Bewältigung großräumiger Gefährdungslagen bestehen längst genau diese geforderten Verfahren und Organisationsstrukturen für Bayern. Das wissen Sie aber nicht, weil Sie sich nicht informieren. Bereits seit dem Frühsommer bereiten sich Landkreise und Gemeinden auf mögliche Störungen der Energieversorgung vor. Sie aktualisieren ihre Notfall- und Einsatzpläne. Die Gewährleistung der Versorgungssicherheit in der Stromversorgung hat oberste Priorität in der Energiepolitik in Bayern. Daher werden sowohl von staatlicher Seite als auch von den Stromversorgern umfangreiche Vorkehrungen zur Gewährung der Versorgungssicherheit getroffen. Für die Bewältigung von Katastrophenlagen bestehen bayernweit klare und nachvollziehbare Strukturen innerhalb der Führungsgruppen Katastrophenschutz, kurz FüGK. Dies gilt auch für die Kommunikation untereinander.

Auch eine Benennung von Verantwortlichen auf Verwaltungsebene erübrigt sich. In allen Verwaltungen sind bereits die Ansprechpartner der Koordinierungsgruppe benannt und über eine bayerische Verordnung geregelt. Das wissen Sie aber nicht, weil Sie sich nicht informieren.

Auf Ebene der Staatsregierung ist schließlich ein Krisenstab energiefest etabliert, der auf Ebene der Amtschefs wöchentlich tagt und ressortübergreifende Abstimmungen ermöglicht. Alle für die Energieversorgung relevanten Ressorts sind hieran beteiligt. Aus all diesen Gründen sind die Forderungen des Dringlichkeitsantrags der AfD abzulehnen. Dem nachgezogenen Antrag von CSU und FREIEN WÄHLERN stimmen wir zu.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Hierzu erteile ich dem Abgeordneten Franz Bergmüller von der AfD-Fraktion, das Wort.

Franz Bergmüller (AfD): Sehr geehrter Herr Dünkel, das, was Sie mir unterstellen, eine Show zu veranstalten, weise ich aufs Allerschärfste zurück.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das ist doch eine Show, was Sie hier machen!)

Als ein Vermieter für ein paar Hundert Leute habe ich Verantwortung. An mich werden Sorgen herangetragen. Sie aber unterstellen, dass die AfD oder dass ich – ich bin der Antragsteller, ich habe den Antrag formuliert – eine Show veranstalten will.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Das merkt man!)

Vom Städtetag und vom Gemeindetag gibt es Aussagen, die ich vorhin vorgelesen habe. Das alles ist natürlich falsch und nur Show.

(Staatsminister Joachim Herrmann: Ihr macht die Show und nicht wir!)

Herr Herrmann, Sie dürfen alles sagen, aber nicht von der Regierungsbank uns eine Show vorwerfen. Denken Sie einmal darüber nach, ob Sie mit dem Wort "Show" um sich werfen sollten. Ich bin ein gestandener Mann, der im Leben steht und der viel zu verantworten hat.

(Tobias Reiß (CSU): Warum sind Sie dann bei der AfD?)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege Bergmüller, Sie haben eine Minute für die Zwischenbemerkung.

Franz Bergmüller (AfD): Danke, passt.

(Tobias Reiß (CSU): Starke Männer sind nicht bei der AfD!)

Norbert Dünkel (CSU): War es das? – Danke.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Nächster Redner ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abgeordnete Dr. Martin Runge. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Sich mit der Thematik Blackout auseinanderzusetzen, ist unbestritten wichtig. Vorsorge zu treffen, ist auch unbestritten wichtig. Das ist überhaupt keine Frage. Wir können schon aus einem ganz anderen Grund dem Antrag der AfD nicht zustimmen. Ich bilde mir nicht ein, aktuell unter einem Blackout zu leiden, aber es war schwierig, zu durchdringen, was mit dem Antrag überhaupt gemeint und gewollt ist. Das Lieblingswort in eurem Antrag, Franz Bergmüller, ist "Ebene". Da heißt es: alle drei Organisationsebenen, jede Ebene, alle drei Ebenen. Dabei habe ich an Bund, Länder und Kommunen gedacht. Oben steht aber zweimal "Akteure auf Landesebene". Sind damit der Staat und die Kommunen gemeint? Was ist dann die dritte Ebene? Oder ist damit die untere, mittlere, obere und oberste Staatsverwaltung gemeint? Das zu durchdringen, ist relativ schwierig.

Dann ist die Rede von Erfassung, Systematisierung und Katalogisierung aller Abwehrstrategien. Ich kann meinerseits Schritte oder Maßnahmen katalogisieren, aber Strategien zu katalogisieren, das soll mir einer einmal vormachen.

Es gibt aber auch inhaltliche Punkte, zu denen ich ganz klar Nein sage. Da heißt es zum Beispiel "Schnellstmögliche Organisation des möglichen Einbezugs der Funkamateure in die Krisenkommunikationsorganisation". Ich habe mir einmal über eine gewisse zeitliche Strecke zusammenschreiben lassen, was da alles am Relais Zugspitze kommuniziert wird. Ich muss sagen, da ist manch Irrer unterwegs – wirklich irre, das sage ich auch so. Solche Personen will ich in einem so sensiblen Bereich nicht einbezogen wissen. Wir haben das, was der Kollege Dünkel gerade schon angemerkt hat, letzte Woche eingespeist und angekündigt, nämlich einen Bericht zu dieser The-

matik, der um das Thema "Schutz kritischer Infrastruktur" erweitert wird. Da kann sich die AfD und jede Fraktion gern einbringen.

Jetzt kurz zum Antrag, den der Kollege Dünkel als Antrag von FREIEN WÄHLERN und CSU bezeichnet hat. Das ist aber ein Antrag allein der FREIEN WÄHLER, denn nur wo CSU draufsteht, ist auch CSU dabei. Dieser Antrag hat zwei Blöcke.

Erstens sieht man den Bund gefordert, bei Versorgungsengpässen die Sicherungsstrukturen sicherzustellen. Was damit gemeint ist, ist auch wieder schwer zu fassen. In der Begründung wird aber zum Blackout auf das Bayerische Katastrophenschutzgesetz verwiesen. Nachdem beim Blackout wieder auf den Bund verwiesen wird, der Hinweis: Der Katastrophenschutz und die Katastrophenhilfe sind originäre Aufgaben der Länder. Sie sollten also nicht gleich wieder auf den Bund verweisen. Vielleicht war es auch ein Tippfehler. Vielleicht ist mit der Sicherstellung von Versorgungsstrukturen etwas ganz anderes gemeint. Dann muss man es aber auch reinschreiben. Dann wird wieder auf die Laufzeitverlängerung für die drei Kernkraftwerke verwiesen. Das haben Sie wahrscheinlich reingeschrieben, damit wir gar nicht zustimmen können.

In Block zwei wird die Staatsregierung aufgefordert, die Handlungsfähigkeit der Verwaltung in Krisenfällen sicherzustellen. Hier wird wieder dezidiert auf den Blackout verwiesen. Das ist unbestritten, und darüber werden wir auch im Fachausschuss diskutieren. Auch dem Antrag werden wir aus den Gründen, wie ich sie zu Block eins skizziert habe, nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Dazu erteile ich dem Abgeordneten Martin Böhm für die AfD-Fraktion das Wort.

Martin Böhm (AfD): Zunächst freue ich mich, dass Sie nicht ganz so blasiert auftreten wie Ihr Vorredner von der Union. Eines liegt mir schon am Herzen. Wir haben bei der

Landtagsverwaltung angefragt, wie es mit aufgesetzten Prozessen aussieht, um Abgeordnete im Falle eines längeren und großflächigen Blackouts überhaupt über Sondersitzungen zu informieren. Wie sollen Abgeordnete als Vertreter des Volkes in Blackout-Fällen überhaupt nach München kommen? Ich weiß nicht, ob es auf Ministerebene so etwas gibt. Dass es darüber keinerlei Auskunft und vermutlich auch keinerlei Vorsorge dafür gibt, wie Abgeordnete hier im Zweifelsfall Sondersitzungen bestreiten sollen, wie sie hierherkommen und wie sie informiert werden, das lässt bei der Staatsregierung, was Blackout-Szenarien angeht, sehr, sehr tief blicken.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bitte, Herr Kollege.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Das war jetzt eine Intervention. Ich denke, dass sich die Landtagsverwaltung darüber Gedanken gemacht hat und sich Gedanken machen wird. Darüber können wir auch gern bei uns im Innenausschuss diskutieren. Das ist schon eine spannende Frage. Manche Kolleginnen und Kollegen werden es schaffen, mit dem Fahrrad hierherzukommen, aber nicht alle.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Bei mir ist es a weng weit!)

– Du bekommst bei mir ein Zimmer und ein Fahrrad gestellt. Das werden wir schon noch schaffen. Manche Kollegen sind auch zu erreichen. Ich habe heute in der Fraktion gesagt, bei mir müsst ihr trommeln oder übers Festnetz anrufen. Das wird allerdings auch nicht immer gelingen. Wie gesagt, dafür ist aber der Landtag zuständig und nicht die Staatsregierung. Darüber werden wir auch noch diskutieren.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner für die SPD-Fraktion ist der Kollege Arif Taşdelen.

(Dr. Martin Runge (GRÜNE): Gabi, das Angebot steht! – Alexander König (CSU): Man kann ja schon einmal eine Trockenübung machen!)

Der nächste Redner steht schon bereit. Sie haben das Wort, aber möglichst nur Sie.

(Unruhe)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seien Sie doch bitte so fair und lassen die jeweiligen Redner hier reden.

Arif Taşdelen (SPD): Ich mache es auch kurz. Herzlichen Dank, Herr Präsident! Es ist schon sehr bemerkenswert, dass die AfD eine Blackout-Vorsorge fordert. Sie wissen, dass die Mikrofone laufen. Sobald die Mikrofone abgeschaltet sind oder Sie sich in Sicherheit wiegen und denken, dass die Mikrofone abgeschaltet sind, sehnen Sie sich genau nach diesem Blackout.

(Beifall bei der SPD)

Sie würden am liebsten sehen, dass dieses Land auch noch in eine tiefe Krise und eine Katastrophe fällt.

(Widerspruch bei der AfD)

Wenn Sie sich hierherstellen und vor einem Blackout warnen, sage ich Ihnen eines: Die AfD ist der einzige Blackout in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Zum nachgezogenen Antrag der FREIEN WÄHLER: Der ist gut gemeint. Sie fordern wieder mal die Bundesregierung auf, was zu tun. Ich kann Ihnen sagen, dass dieses Land in dieser schwierigen Zeit bei Olaf Scholz und der Ampel-Regierung in guten und sicheren Händen ist.

(Unruhe)

Im zweiten Teil Ihres Antrages fordern Sie die Bayerische Staatsregierung auf. Ich möchte Sie daran erinnern, dass Sie Teil dieser Bayerischen Staatsregierung sind, und da sage ich: nicht auffordern, sondern machen.

(Beifall bei der SPD – Zurufe)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist für die FDP-Fraktion der Fraktionsvorsitzende Martin Hagen. Bitte, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

(Zuruf: So viel Selbstverleugnung gibt es doch gar nicht!)

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ein Blackout, von dem die AfD heute redet und den sie heute hier zum Thema im Plenum macht, ist definiert als ein großflächiger, ein zeitlich nicht absehbarer und ein unkontrollierter Stromausfall. Die Bundesnetzagentur sagt, dass ein solcher Blackout, wenn er auch nicht komplett ausgeschlossen ist, doch extrem unwahrscheinlich ist. Das gleiche Ergebnis hat auch der Stresstest gebracht. Deswegen fragen wir uns, warum dieses Thema Blackout für Sie hier eine so große Rolle spielt. Die Antwort wurde ja schon angedeutet. Es geht natürlich um die Verunsicherung der Bevölkerung.

Wenn Sie sich wirklich mit den tatsächlichen Risiken auseinandersetzen wollten, dann hätten Sie nämlich nicht einen Antrag zum Blackout, sondern einen Antrag zum Thema Brownout gemacht. Brownout bedeutet eine zeitweise, regionale Lastunterdeckung, die kontrolliert durch die Netzbetreiber abgesichert wird. Für einen solchen Brownout – –

(Zurufe)

– Ja, das hätte noch einen besseren Anlass für Wortspiele gegeben. Deswegen haben Sie es wahrscheinlich nicht gemacht.

(Zurufe)

Ein solcher Brownout wäre tatsächlich ein Anlass, von der Staatsregierung zu fordern, dass man hier vonseiten des Wirtschafts- und Energieministeriums einen Leitfaden für die Kommunen zur Verfügung stellt. Sie haben sich für die plakative Art entschieden: den Blackout. Wir sagen Ihnen, den Blackout wird es nicht geben. Dafür sorgt die Bundesregierung. Ihren Antrag lehnen wir natürlich ab.

(Beifall bei der FDP – Zuruf)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Herr Kollege.

(Zuruf)

– Beruhigen Sie sich wieder etwas. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/24401 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die übrigen Fraktionen sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des fraktionslosen Abgeordneten Klingen. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/24435 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die FREIEN WÄHLER sowie die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und AfD. Stimmenthaltungen! – Stimmenthaltung der FDP-Fraktion sowie der fraktionslosen Abgeordneten Klingen und Plenk. Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag hiermit angenommen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, es gibt noch mal etwas bekannt zu geben bzw. zu korrigieren, bevor wir in der Tagesordnung fortfahren. Die Abgeordnete Wild von der SPD-Fraktion wechselt als neues Mitglied nicht in den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst, sondern in den Ausschuss für Gesundheit und Pflege. Wunderbar.

(Beifall bei der SPD)